

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 6

Artikel: Lateinamerikanische Uebersicht. Die grossen Tribunale
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094973>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerikanische Uebersicht

Die grossen Tribunale**Alphonse Max zum selektiven Gewissen unserer Zeit**

Ist die UNO immer noch gewillt, das Universalitätsprinzip einzuhalten, das sie offiziell selbst verkündet? Ihre Kriterien werden immer moralischer. Sie wendet sich gegen autoritäre Regimes. Unter der Bedingung freilich, dass diese weder kommunistisch geleitet noch mit den kommunistischen Mächten befreundet sind. Mit der Anwendung dieser selektiven Moral (auch ausserhalb der UNO) auf Lateinamerika befasst sich hier unser Korrespondent aus Montevideo.

Als vor fast 30 Jahren in San Francisco die Organisation der Vereinten Nationen geschaffen wurde, sollte sie als Instrument der Freundschaft und Verständigung zwischen den Völkern dienen. Es wurde beschlossen, dass alle Nationen, die darauf Wert legten, aufgenommen werden können, unabhängig von der politischen Struktur der zeitweiligen Regimes. Man glaubte, dass der Ausschluss eines Landes nicht zur Besserung der Lebensbedingungen seiner Bevölkerung führen könne, sondern nur der Dialog und die Ueberzeugung. Diese These lag auch der Aufnahme Chinas und der DDR in die UNO zugrunde.

Schlechter Umgang verboten

Diese guten Vorsätze werden brav befolgt, wenn es sich um kommunistische Staaten handelt. Niemandem ist es eingefallen, die Sowjetunion aus der UNO auszustossen, weil sie beispielsweise 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei die nationalistischen Volksaufstände mit Tanks und Kanonen niederdrückte. Wenn es jedoch um einen nichtkommunistischen Staat geht, da ändern sich die Kriterien erheblich. Wäre nicht das Veto der USA gewesen, hätte man bereits den Beschluss des Sicherheitsrates der UNO, Südafrika wegen seiner Apartheidpolitik auszustossen, in die Praxis umgesetzt.

Jetzt geht die UNO jedoch noch weiter: Im Laufe des Jahres 1974 wurden die Regierungen Brasiliens, Kolumbiens, Chiles, Ecuadors und Nicaraguas streng und schulmeisterhaft zurechtgewiesen, weil sie «Sportbeziehungen» zu Südafrika unterhielten. (1956 wurde die Sowjetunion wegen ihrer bewaffneten Intervention in Ungarn noch gerügt, 1968 nicht einmal das.) Als Folge der sowjetischen Erpressung durfte Südafrika 1972 an den Olympischen Spielen nicht teilnehmen, obschon beabsichtigt war, eine rassisch gemischte Delegation zu entsenden. Obwohl man in der UNO, genauso wie bei den Olympischen Spielen, immer hört, dass Sport über Ideologie und Politik stehe, wird plötzlich einigen lateinamerikanischen Ländern gedroht, weil Sportler ihres Landes Wettkämpfe gegen südafrikanische Sportler betreiben.

Wie ein höherer Pastor das «Diktat von Pretoria» beweist

Besonderen Zorn erregten in den Vereinten Nationen die Reise des paraguayischen Präsidenten Strössner nach Südafrika im April 1974 und die südafrikanische Delegation, die Anfang dieses Jahres mehrere südamerikanische Staaten besuchte (Argentinien, Paraguay, Uruguay, Brasilien und Chile). In Uruguay wurden die südafri-

kanischen Handelsdelegierten nicht freundlicher und nicht kühler empfangen als jede andere Wirtschaftsmission — komme sie nun aus dem Ostblock oder aus einem westlichen Land —, die verspricht, die Möglichkeiten zu untersuchen, die Handelsbeziehungen zu stärken und Investitionen in Uruguay zu tätigen. Im Montevideaner Ausserministerium traf jedoch eine Missbilligungsbotschaft aus der UNO ein, in der die Regierung wegen des Besuches der Südafrikaner getadelt wurde. Die Tatsache, dass Uruguay in den UN-Versammlungen in New York der Jahre 1971, 1972, 1973 und 1974 gegen die südafrikanische Politik der Apartheid gestimmt hatte, fiel anscheinend nicht ins Gewicht. Der Besuch der südafrikanischen Mission, hiess es in der UNO-Botschaft, bezwecke, engere Beziehungen zwischen Uruguay und Südafrika herzustellen; die UNO habe jedoch ihren Mitgliedstaaten empfohlen, die Beziehungen zu Südafrika abzubauen. Trotz dieser vom Weltorganismus angeordneten Isolationspolitik unterhalte Südafrika nach wie vor in Montevideo ein Handelsbüro.

Hinzu kommt noch der «ausserordentlich starke Einfluss», den ausgerechnet Südafrika auf Uruguay auszuüben scheint! Dies entnimmt man jedenfalls aus den Worten des evangelischen Pastors Emilio Castro, einem der Leiter des Weltkirchenrates, der zurzeit einen gut bezahlten Posten in Genf innehat. In Lissabon erklärte der uruguayische Pastor (der auch lange Reisen in die UdSSR und andere kommunistische Staaten unternommen hat und nach seiner Rückkehr nach Montevideo glühende Loblieder über das Leben und die Religionsfreiheit im Ostblock sang), dass die Schliessung einer kleinen evangelischen Zeitung im Inneren Uruguays auf Direktiven aus Pretoria beruhe! Die uruguayischen Behörden begründeten die Schliessung mit einem Artikel über den Weltkirchenrat, in dem die sogenannte «Gegengewalt» der Terroristen wohlwollend behandelt wird. Bekanntlich ist es in Uruguay (und anderen lateinamerikanischen Ländern) verboten, Schriften zu veröffentlichen, die die Guerillas verherrlichen. Dass der betreffende Artikel den Weltkirchenrat betraf, war nur insofern ausschlaggebend, als dieser — wie ebenfalls bekannt — verschiedene Terroristengruppen in Afrika und anderen Teilen der Welt moralisch und finanziell unterstützt. Pastor Castro will hieraus den Schluss gezogen haben, dass die Südafrikaner, die dem Weltkirchenrat gerade wegen seiner guerillafördernden Politik häufig kritisch gegenüberstehen, Uruguays Präsidenten Juan M. Bordaberry unter Druck gesetzt hätten, um die Zeitung zu schliessen. Bei dieser Art von Verleumdungskampagne ist es von wenig Bedeu-

tung, ob das Behauptete zutrifft oder ob es eine an den Haaren herbeigezogene Erfindung des Autors beziehungsweise seiner Drahtzieher ist. Es kommt auf die Wirkung an, nicht auf den Wahrheitsgehalt.

Gerichtshöfe ohne Verteidiger aber in bester Gesellschaft

Die weltweite Kampagne gegen antikommunistische Regimes, die mit Griechenland, Portugal und Südafrika begann und sich dann auch auf Südamerika ausdehnte, schreitet auf verschiedenen Ebenen vorwärts:

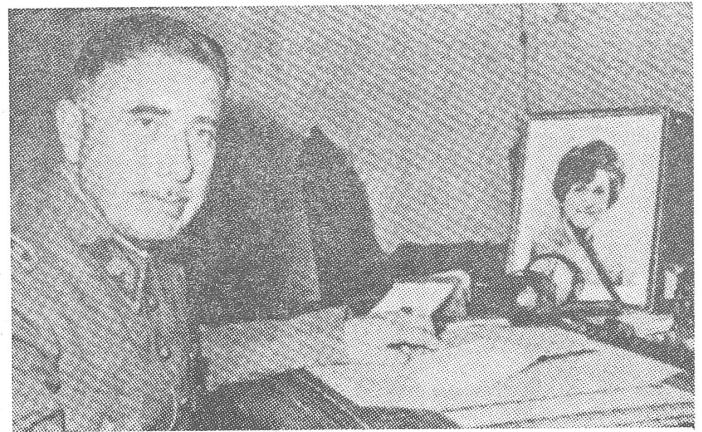
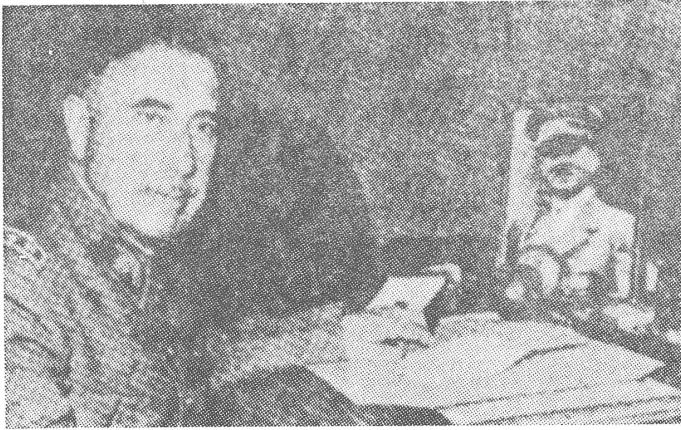
Ein sogenanntes «Russell-Tribunal II» wurde im November 1973 in Italien aufgezogen, um die Klagen gegen die Regierungen Brasiliens, Chiles, Boliviens und Uruguays wegen «Verletzung der Menschenrechte» zu «untersuchen». (Der britische Mathematiker und Philosoph Lord Bertrand Russell, der sich in den letzten Jahren seines langen Lebens — er starb 1970 im Alter von fast 98 Jahren — den diversen internationalen Manövern der Linken widmete, unterstützte das nach ihm benannte «internationale Kriegsverbrecher-Tribunal», das 1967 die USA in Vietnam schuldig sprach.) Als Ankläger und als Zeugen fungierten ehemalige hohe Beamte und Parlamentarier der vier Länder, die wegen direkter Beteiligung an den terroristischen Guerillaorganisationen geflohen oder ihres Landes verwiesen worden waren. Vertreter oder Verteidiger der betreffenden Regierungen waren bei den «Gerichtsverhandlungen» (vom 30. März bis 5. April 1974 in Rom) selbstverständlich nicht zugegen und natürlich auch keine Verteidigungszeugen.

Im Januar dieses Jahres wurde bei einer weiteren Sitzung dieses eigenartigen Tribunals, die in Brüssel stattfand, die Frage von der «Schuld an der Unterdrückung» in den erwähnten vier südamerikanischen Ländern sowie in vier weiteren (Guatemala, Haiti, Dominikanische Republik und Paraguay) untersucht. Die Mitglieder des «Gerichtes» — auch hier war eine Differenzierung zwischen Ankläger, Belastungszeugen und Richter kaum feststellbar — kamen zu dem Ergebnis, dass die CIA und andere nordamerikanische Nachrichten- und Spionageabwehrdienste sowie die multinationalen Unternehmen die Schuldigen seien. Die acht Regierungen wurden der «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» bezichtigt und für schuldig erklärt.

Nicht nur Kommunisten, Trotzlisten, Anarchisten und andere ultralinke Elemente nahmen an diesem «Tribunal» teil, sondern auch «gemässigte Linke», wie der italienische Senator Lelio Basso (der «Unabhängigen Linken»), Vorsitzender des «Tribunals», und der evangelische Pastor Georges Casalis. Trotzdem wurde das in Kuba herrschende Regime nicht einmal am Rande erwähnt, wengleich es ohne Zweifel am schärfsten (und am längsten) gegen die Menschenrechte verstösst, die das Russell-Tribunal in Lateinamerika zu verteidigen angibt.

In Brüssel, vor einem Publikum von weniger als 200 Personen, hauptsächlich Westeuropäern, beklagte sich die Witwe des gestürzten Volksfrontpräsidenten Chiles darüber, dass die USA dem Regime ihres Mannes Wirtschaftshilfe verweigert hatten, was zu dem ökonomischen Chaos beitrug, das Chile während dreier Jahre erleiden musste. Es mutet eigenartig an, dass eine sozialistisch-kommunistische Regierung, die sich die Einfüh-

(Fortsetzung auf Seite 6)



Der Öffentlichkeit präsentiert: Pinochet mit Hitlerbild. Eine Montage. Auf dem Original hatte er das Bild seiner Frau auf dem Arbeitstisch.

Desinformation als Waffe

Ein typischer Fall von absichtlicher Desinformation kann nachfolgend mitgeteilt und belegt werden. Man könnte seine Freude daran haben, wenn es nicht zum Weinen wäre. Zum Weinen, weil solche Methoden mehr und mehr angewendet werden. Zum Weinen vor allem, weil auf Desinformation noch immer so viele Menschen hereinfliegen.

Das Bild oben links erschien in der Zeitung «El

Latinoamericano», die in Los Angeles herausgegeben wird. Also in der «Hochburg des Kapitalismus». Das allein schon sollte die Richtigkeit des Bildes verbürgen. Wie zuvor die in der amerikanischen Presse verbreitete Desinformation über Vietnam als glaubwürdig aufgenommen wurde, nur weil es in der amerikanischen Presse stand.

Das Bild zeigt General Pinochet, den Chef der chilenischen Regierungsjunta, an seinem Schreibtisch sitzend, auf dem ein Bild Hitlers steht. Bildlegende in «El Latinoamericano»: «Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm.»

Die photographische Trouvaile wurde, wie vorauszusehen war, eifrig weiter kolportiert. «El Espectador» in Bogotà, Kolumbien, wählte im vergangenen November das Bild zum Anlass

einer Betrachtung im Tenor: «Das Bild erklärt nun viele auffällige Uebereinstimmungen...»

Zum grossen Leidwesen von «El Espectador» besass der jüngere Sohn des chilenischen Geschäftsträgers in Bogotà zufällig ein Exemplar der Zeitung «Cosmos» vom September 1973, in der — mit einem Unterschied — das gleiche Bild erstmals veröffentlicht worden war.

Der Unterschied ist ein kleines, aber doch wohl gewichtiges Detail: im Rahmen befindet sich das Bild der Gattin Pinochets.

Und die Moral von der Geschichte? Es wäre erheblich viel gewonnen, wenn Zeitungsleser, Radiohörer und Fernseher mit mehr gesundem Misstrauen die Nachrichten konsumieren und auf den Weg zur eigenen Meinungsbildung aufbrechen würden. Sa.

Lateinamerika

(Fortsetzung von Seite 5)

Die «Sozialismus» in Chile zum Ziel gesetzt hatte, anscheinend mit der Unterstützung der «imperialistischen» USA rechnete, um dieses Ziel zu verwirklichen. Freilich erwähnte die Witwe Allendes nicht die Enttäuschung ihres Gatten, als er von seiner Moskareise zurückkam: Die Sowjets hatten die chilenischen Bitten um Kredite fast sämtlich schroff zurückgewiesen; für die wenigen Kredite, die gewährt wurden, musste die chilenische Regierung Wucherzinsen bezahlen (wie die Sowjets es bei ihren Geschäften mit den Ostblockstaaten und Kuba gewohnt sind).

Das Schauspiel in Mexiko

Nun wurde Ende Februar dieses Jahres ein anderes farcenartiges Vorgehen gegen Chile eingeleitet. Es handelte sich um eine Sitzung der im März 1974 in Helsinki gegründeten sogenannten «Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile».

Die «Untersuchung» wurde nicht in Chile selbst durchgeführt (wo verschiedene internationale Organisationen, wie das Rote Kreuz, die Internationale Juristenkommission, Amnesty International usw., Erlaubnis erhielten, die Lager der politischen Häftlinge und die Gefängnisse, in denen Mörder, Attentäter und andere Verbrecher untergebracht sind, zu besichtigen), sondern in

Mexiko. Die 130 «Tribunal»-Mitglieder — Politiker, Gewerkschafter, Künstler und Intellektuelle aus 35 Ländern — begnügten sich damit, geflohene oder freigesetzte Allende-Anhänger zu vernehmen. Genauso wie bei dem Russell-Tribunal gab es auch hier keine Verteidigungszeugen. Wozu auch? 3000 Menschen waren bei dem Schauspiel in Mexico-City zugegen. Aus Kuba traf eine grosse Delegation ein (dort kennt man sich ja in punkto Menschenrechte aus!), die vom sowjetischen Botschafter in Mexiko empfangen wurde. Wie gehabt! Der mexikanische Präsident Luis Echeverría weihte die Sitzung persönlich ein mit einer Ansprache, in der er die vielen positiven Qualitäten des ehemaligen chilenischen Präsidenten Allende pries, mit dem ihn, wie er sagte, eine innige Freundschaft verband. Vergessen schien Mexikos Staatschef zu haben, dass Allende aktiver Teilnehmer der OLAS-Konferenz von Mitte 1967 in Havanna war, wo unter anderem beschlossen wurde, «viele Vietnams» in Lateinamerika zu entfachen. Kaum ein Jahr darauf wurde in Mexiko der Versuch eines «Vietnam» unternommen, als eine «Studentenrebellion» stattfand mit dem unmittelbaren Ziel, die Abhaltung der Olympischen Spiele in Mexiko zu gefährden. Echeverría war damals Innenminister und war bestens über den wahren Ursprung der Unruhen informiert. Er liess die Revolutionäre auf das schärfste bekämpfen, und das Ergebnis zeugt davon, dass er nicht gerade zimperlich mit der Subversion im eigenen Lande umging. Als

1971 entdeckt wurde, dass die sowjetische Botschaft direkt in einen anderen Versuch, Mexiko in ein «Vietnam» zu verwandeln, verwickelt war, zeigte sich Echeverría, damals schon Präsident von Mexiko, nicht weniger energisch und verwies eine Anzahl Sowjetdiplomaten und -funktionäre des Landes. Dass die Guerillas in seinem Land heute zum grossen Teil wieder aus Kuba gesteuert werden (nachdem eine Zeitlang die Nordkoreaner ihre Ausbildung und Unterstützung übernommen hatten), ist für den Präsidenten, dessen eigener Schwiegervater ein Entführungsoffer der Guerilleros wurde, bestimmt auch kein Geheimnis. Trotzdem gibt sich Echeverría für derartige Manifestationen her und lobt ausgerechnet einen Mann, der sich an der Verschwörung gegen die demokratischen Länder Lateinamerikas aktiv beteiligt hatte. Zum Abschluss der Sitzung rief die «Untersuchungskommission» — die inzwischen schon zu dem im voraus bekannten Beschluss gelangt war, die chilenische Regierung für schuldig an Verbrechen gegen die Menschheit zu erklären — die Regierungen aller Länder der Welt auf, die diplomatischen Beziehungen zu Chile abzubrechen. Abgesehen von den kommunistischen Ländern (ausser China und Rumänien) hat bisher nur Mexiko diesen Schritt getan. Zu Kuba unterhält Mexiko jedoch, als einziges lateinamerikanisches Land, seitdem die Organisation amerikanischer Staaten 1964 die Abbrechung der Beziehungen mit einer Zweidrittelmehrheit beschloss, ununterbrochen freundschaftliche Beziehungen. ■